

Mehr Antipathie wagen

Für mehr gesellschaftspolitische Radikalität

Beitrag zur Zukunftsdiskussion der Partei DIE LINKE von Tilman Loos

Dieses Papier soll ein Beitrag zur Zukunfts- und Strategiedebatte unserer Partei sein. Ich gebe mir dabei Mühe, aus allen abstrakten Überlegungen auch konkrete Handlungsoptionen abzuleiten sowie Parteitagsphraseologie und Sätze mit Beifallgarantie so weit wie möglich zu vermeiden. Zuspitzung und Polemik zu vermeiden, versuche ich hingegen gar nicht erst. (Habe ich in unserer Partei aber auch nie anders gelernt.)

Partei „in Gründung“ oder „am Abgrund“?

Unsere Partei sei eine Partei, „die in wichtigen Teilen noch in Gründung“ befindlich sei, schreiben die beiden Vorsitzenden zu Beginn ihres Papiers, mit dem sie die Strategie- und Zukunftsdebatte unserer Partei eröffnet haben.¹ Wenn das zuträfe, wäre dieser Gründungsprozess wohl an einem Punkt angelangt, an dem sich mit Fug und Recht Trostlosigkeit und Pessimismus verbreiten dürften. Sinkende Mitgliederzahlen, intensive Auseinandersetzungen im Westen und Ausdünnung und Überalterung im Osten – das ist kein Gründungs-, sondern ein Abbauprozess. Gleichzeitig ist es aber wohl zutreffend, dass die Gründung von DIE LINKE örtlich sehr verschieden verlaufen ist – an einigen Orten wohl auch gescheitert. Das gilt jedenfalls dann, wenn man den Anspruch hat, Mitgliederpartei zu sein. Ende 2014² hatte DIE LINKE etwa 60.500 Mitglieder, davon 29.700 in den ostdeutschen Flächenländern, 23.300 in Westdeutschland und 7.500 in Berlin. Gleichwohl ist allen die Altersstruktur unserer Mitglieder im Osten und die entsprechende negative demografische Entwicklung der Mitgliederzahl bekannt.

Gemessen an der Bevölkerungszahl kamen in Ostdeutschland auf 1.000 Einwohner*innen³ noch knapp 2,6 Parteimitglieder, im Westen nur knapp 0,4. Die Mitgliederdichte gemessen an der Einwohnerzahl ist im Osten damit etwa 7 Mal so hoch wie in den westlichen Verbänden. Das soll an dieser Stelle nicht aufgeführt werden, um die Genoss*innen in den alten Bundesländern zu ärgern, sondern um auf ein Problem hinzuweisen: Wäre der Organisationsgrad im Osten und in Berlin so hoch (bzw. niedrig) wie im Westen, würde es in den ostdeutschen Flächenländern noch ca. 4.500 Mitglieder geben – und damit bundesweit noch etwa 29.000. Das sind nur etwas mehr als halb so viele Mitglieder, wie die FDP im Oktober 2014 noch vorzuweisen hatte⁴. Eine Zahl, die mittlerweile fast auch die AfD vorweisen kann⁵. Nun ist eine hohe Mitgliederzahl keine hinreichende Bedingung dafür, Mitgliederpartei zu sein, sehr wohl aber eine notwendige.

Dass die vermeintlich hohe Mitgliederdichte auf Grund der bereits erwähnten demografischen Struktur in den ostdeutschen Landesverbänden nicht einfach mit einem Reservoir an aktiven und partizipierenden Genoss*innen gleichzusetzen ist, dürfte sich von selbst verstehen. Das schlägt sich vor allem im ländlichen Raum nieder, wo nicht selten 70-jährige Genoss*innen den Geist der Jugend versprühen, weil sie zu den jüngsten Mitgliedern ihrer Basisorganisation gehören.

¹ Katja Kipping; Bernd Riexinger: Verankern. Verbreiten. Verbinden

² Mitgliederstand 31.12.2014, siehe: <http://www.die-linke.de/partei/fakten/mitgliederzahlen>

³ Quelle: Statista - Bevölkerungsstand nach Bundesländern vom 31.12.2013. Die Daten vom 31.12.2014 waren zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Beitrags leider noch nicht verfügbar, die Einwohner*innenzahl der BRD hat sich im Vergleich zu 2013 wohl jedoch leicht erhöht.

⁴ Laut Wikipedia (18.03.2015) ca. 56.000 FDP-Mitglieder im Oktober 2014.

⁵ Laut Wikipedia (18.02.2015) ca. 21.800 AfD-Mitglieder zum 23.12.2014.

In den größeren Städten und auf Ebene der Kreisverbände ist zumindest noch sichergestellt, dass die Partei durch ihre Größe eine gewisse Resistenz gegen handfeste Streitigkeiten aufweist. Denn dort, wo der Laden eher groß als klein ist, fliegt er auch seltener auseinander. Eine große Mitgliedschaft als Schutz vor Zerfall der Parteistrukturen auf Grund von innerem Streit fehlt jedoch gerade im Westen vielen Verbänden. In Zusammenhang mit Gregor Gysis Bonmot über 5 bis 10 Prozent Irre in jeder Partei⁶ und der uns allen durchweg bekannten Leidenschaft innerparteilicher Auseinandersetzungen wird genau das zum Problem. In vielen Ortsverbänden, Kreisverbänden und zum Teil Landesverbänden haben Mitglieder, die der jeweiligen innerparteilichen Minderheit angehört haben, die Partei mittlerweile verlassen. Da diese Entwicklungen jedoch von Ort zu Ort unterschiedlich ausgehen, entfallen damit die ursprünglichen Auseinandersetzungen nicht, sondern sie wandern häufig nur eine Ebene nach oben. Zurückgelassen haben diese Streitigkeiten mindestens kleinere, wenn nicht sogar kaum noch lebendige Parteistrukturen, die mit einer politischen Kultur gepflastert sind, die man den meisten Menschen und vor allem Neumitgliedern eigentlich nicht zumuten kann. Zum Teil sind ganze Landesverbände eher reine Hüllen für Listenaufstellungen, denn eigene, lebendige und handlungsfähige politische Organismen. Diese Auseinandersetzungen der Vergangenheit (und sicher auch der Gegenwart) wieder so zu reparieren, dass die örtlichen Parteistrukturen kulturell und personell in der Lage sind, das faktische Scheitern des Gründungsprozesses wieder wettzumachen, dürfte im Großen betrachtet ein fast unmögliches Projekt sein. Daraus folgt, dass unsere Partei nichts dringender braucht, als neue und aktive Mitglieder. Dass es eine grundlegende Bereitschaft vieler gibt, sich auch abseits von kurzlebigen Bewegungen, Protesten oder monothematischen Organisationen und Projekten zu beteiligen und politisch zu organisieren, beweisen die zwischenzeitlichen Erfolge von Piratenpartei und AfD. Obwohl beide weder aktiv Mitgliederwerbung betrieben haben noch handfeste politische Erfolge verzeichnen konnten, traten binnen Monaten tausende von Menschen in diese Parteien ein⁷. Auch wenn die Piraten, die AfD (leider unwahrscheinlich) oder PEGIDA demnächst tot sein mögen: Die Ursachen für deren Erstarken sind es nicht. Dass wir in den letzten Jahren nicht in ausreichendem Maße neue Mitglieder gewinnen konnten, liegt also nicht hauptsächlich an der mangelnden Bereitschaft oder Fähigkeit, Mitglieder „gezielt“ zu werben. Jede Mitgliederwerbung für uns fußt auf der grundlegenden Ausstrahlungskraft unserer Partei. Anders gesprochen: Die beste Werbung für eine Kneipe hilft nichts, wenn die Kneipe selbst ungemütlich ist. Oder anders: Schlechte Kneipen haben schlechtes Bier und brauchen gute Werbung, gute Kneipen haben gutes Bier und brauchen überhaupt keine Werbung.

Bored to death – zu Tode gelangweilt

Das politische System in Deutschland – und damit all seine Akteure – stehen vor einem Problem. Seit 2005 regiert nicht nur Angela Merkel, sondern ganz wesentlich vor allem eines: die Langeweile. Auf der Bühne der politischen Auseinandersetzungen scheinen nicht mehr Grundsätze sich zu beharken, sondern Fachleute und Bürokrat*innen über die besten technischen Lösungen zu streiten. Das Detail hat über das Grundlegende gesiegt, die technokratische Detailversessenheit über den großen Streit. Es kämpfen 50 Cent mehr Mindestlohn gegen eineinhalb Renteneintrittsjahre, 120 Offshore Windräder gegen 3 Kilometer Stromtrasse, 3% X gegen 5,5 mehr Y. Wenn das die Debatten der Zukunft sind, ist dies das Ende der Parteipolitik und damit auch des politischen Engagements breiter Teile der Bevölkerung.

⁶ Vgl. <http://gleft.de/Px>

⁷ Die AfD hat, nach offizieller Gründung im Februar 2013, zum Dezember 2013 ca. 21.800 Mitglieder (Quelle: Wikipedia.de, abgerufen am 18.03.2015). Die Piratenpartei hatte nach ihrer Gründung im September 2006 und dem medialen Hype ab Mitte 2009 zwischenzeitlich (Herbst 2012) nach eigenen Angaben fast 35.000 Mitglieder. (Quelle: wiki.piratenpartei.de, abgerufen am 18.03.2015)

Merkels CDU regiert nicht mit eigenen politischen Ideen, sondern mit Meinungsumfragen. Gleichzeitig sind Millionen Bürger*innen enttäuscht, weil „die Politik“ sich nicht mehr um „ihre Anliegen“ kümmert. Diese Auffassung, dass politische Parteien, Politiker*innen und „die Politik“ eher verwaltende Sachbearbeiter*innen denn tatsächlich politische Akteur*innen darstellen, macht die unfassbar unsinnige Annahme, „die Politik“ hätte sich gegen „das Volk“ verschworen, überhaupt erst möglich. Daran sind Bürger*innen wie professionelle Politiker*innen gleichermaßen schuld. Wechselseitig wollen die einen sachkundige, fleißige, aufrichtige und kompetente Verwalter*innen, die „ihre Probleme lösen“, während die anderen nicht Müde werden, genau jene geforderte Kompetenz in „allgemeinen Sachfragen“ beweisen zu wollen. Eine einstmals weltanschaulich geprägte politische Debattenkultur hat sich mehr oder weniger in einen Wettbewerb entwickelt, wer die bessere Servicehotline zur Verfügung stellt. Kein Wunder, dass die Unterscheidbarkeit der politischen Parteien für viele Menschen abnimmt.

Die Rechte in der Offensive

Seit Gründung der Bundesrepublik bis gefühlt fast vorgestern war es die politische Linke, die auf gesellschaftspolitischem Feld häufig Ton- und Impulsgeber war, wohingegen die Rechte mal mehr mal weniger erfolgreich nur reagiert hat. Ob die Thematisierung der nationalsozialistischen Verbrechen, die Rechte der Frauen, die Legalisierung der Homosexualität, die Thematisierung ökologischer Fragen - darunter auch der Protest gegen die Atomkraft - die Proteste gegen die Wiederbewaffnung und die Demokratisierung der Hochschulen - hier konnte sich in verschiedenem Tempo die Emanzipation gegen die Reaktion durchsetzen. Heute hingegen scheint die Linke mit ihrem Latein am Ende und die Rechte ist wieder in der Offensive. Es geht in Debatten kaum mehr um die Erreichung neuer Standards, sondern um die Verteidigung der alten. Auf der anderen Seite der Barrikade stehen dabei nicht nur AfD und PEGIDA, sondern auch „Abtreibungsgegner“, „Männeraktivisten“ gegen einen vermeintlichen „Genderwahn“, evangelikale Sekten, Rassist*innen, Sozialdarwinist*innen, Überwacher*innen, Verschwörungstheoretiker*innen und einige mehr. Will die Linke - und damit auch DIE LINKE - wieder den Ton angeben und den Rahmen stellen für relevante gesellschaftliche Debatten, muss sie den Mut haben, Zukunftsmusik zu spielen und auch gewagte Bilder zu zeichnen.

PEGIDA & Co.

PEGIDA, die Montagsmahnwachen, das Erstarren der AfD und auch der Zulauf für Verschwörungsideologien sind inhaltlich nicht identisch, auch wenn sie Schnittmengen aufweisen. Aber sie bauen auf einem Grundgefühl auf, das im Wesentlichen das gleiche ist. Das zeigt sich nicht nur an den Gegenständen der „Kritik“, welche sie formulieren, sondern auch an ihrer Sprache. Positive Bezugspunkte sind „das Abendland“, die Vergangenheit, „das Volk“, Deutschland, „die Vernunft“ und natürlich „der gesunde Menschenverstand“. In der Gegnerschaft verortet werden „die Politiker*innen“ oder „die Politik“, „die Medien“, „der Islam“, „der Westen“, „der Orient“ und andere mal mehr mal weniger konkret benannte, konzertiert agierende Mächte der Finsternis. Vor allem die „etablierten Parteien“, zu denen sowohl rhetorisch als auch faktisch DIE LINKE zählt, stehen also vor einem Problem. Das zeigt sich auch in der umtriebigen Hektik, die wie im Falle der gemeinsamen Aktion aller Bundestagsparteien am Brandenburger Tor im Januar 2015 schon fast an Panik grenzt.⁸ Diese verbildlichte Nivellierung der erheblichen inhaltlichen Unterschiede der relevantesten Akteur*innen des professionellen bundespolitischen Politikbetriebs bestätigt jedoch nur aufs Neue die unterstellte Verschwörung „der Politik“ gegen „das Volk“. Mit einer demokratischen „Nationalen Front“ auf PEGIDA & Co. und ihre möglichen Nachfolger*innen zu

⁸ Dort haben alle Parteien Mitte Januar ein, wie man so schön sagt, „gemeinsames Zeichen“ setzen wollen. Hintergrund waren vor allem die erstarkenden PEGIDA-Demonstrationen.

reagieren, ist daher komplett der falsche Weg. Genauso falsch bis wahnwitzig waren andere Reaktionen auf „PEGIDA“. Statt „Partei der Flüchtlingshelfer“⁹ zu sein, haben sich zu viele sofort am Diskurs mit den „besorgten Bürger*innen“ versucht. Doch gerade PEGIDA ist in einem Zustand, an dem ein verständnisvolles „Wir müssen denen nur zum 80-millionsten-Mal erklären, wie der Hase 'eigentlich' läuft“ der Punkt ist, an dem der Hase direkt in Leere läuft. Stattdessen ist hier wirkliche Widerständigkeit, artikulierte Abscheu und Profilschärfung als „Flüchtlingshelfer*innen“ gefragt, auch im „demokratischen“ Sinne. Denn so, wie sich Grundprinzipien der Rechtsstaatlichkeit nicht in der Stabilität sondern in der Krise beweisen müssen, wird Demokratie nicht im Konsens verteidigt, sondern im Streit.

Eine Kritik von PEGIDA und Co. ist jedoch gerade auch deshalb nicht einfach, weil die genannten Phänomene keineswegs geschlossene und ausdefinierte Weltbilder oder Anschauungen bedienen, sondern vielmehr wirre Konglomerate von Versatzstücken verschiedener weltanschaulicher Konstrukte oder deren Überreste.¹⁰ Jede echte Konkretisierung oder Einengung würde jedoch den einen oder anderen Teil der Teilnehmer*innen abschrecken. Die zu beobachtende Unbestimmtheit der PEGIDA-Demonstrationen - vor allem bezogen auf die konkreteren Vorstellungen und Weltbilder ihrer eigenen Teilnehmer*innen - ist daher nicht ein Kuriosum dieser Demonstrationen, sondern ihre notwendige Existenzbedingung.

Dabei sind die Gründe für das Erstarken solcher Akteur*innen nicht nur in konkreten politischen Entwicklungen und Entscheidungen der letzten Jahre zu suchen, sondern liegen deutlich tiefer. Dass das Vertrauen in viele bisher etablierte Medien abnimmt, ist auch eine logische Folge der Verbreiterung des Medienangebots. Einfach gesprochen: Wer – wie früher – nur die Tagesschau hat, ist fast notwendigerweise verdammt, dieser einen Informationsquelle Glauben zu schenken. Gleichzeitig fallen durch die Verbreiterung des medialen Sprechbereiches auch redaktionelle Fehler, egal ob aus Absicht, Faulheit oder Versehen, stärker auf. Da Fehler, die niemand entdeckt, kein Vertrauen erschüttern können, ist es nur naheliegend, dass bei einer größeren „Aufklärungsrate“ mehr Vertrauen beschädigt wird als vorher.

Betreffend des Sprechfeldes ist zu konstatieren, dass dieses auch im politischen Betrieb deutlich breiter geworden ist. Während in den jüngeren Jahren der Bundesrepublik Gehör fand, wer sich jahrelang durch die Partei- oder Verbandsebenen gearbeitet hat, erzielt heute gegebenenfalls diejenige gestern noch unbekannte Person eine vorher nie gekannte Aufmerksamkeit, welche einen besonders guten (oder: dämlichen) Vorschlag, Tweet, Witz, Blogbeitrag, Debattenbeitrag oder ähnliches verlautbart hat. Die Organisation und Reproduktion politischer Events ist vor allem durch die Digitalisierung einfacher denn je geworden. Hat es noch vor nicht einmal zwei Jahrzehnten viele helfende Hände und eine stramme Organisationsinfrastruktur gekostet, eine kraftvolle politische Demonstration auf die Beine zu stellen, so reichen heute im Zweifel ein Smartphone und ein getroffener Nerv.

Für eine gesellschaftspolitische Offensive von links

DIE LINKE braucht Projekte, Forderungen und Ideen, die mutig sind, über das bestehende hinausweisen, ohne zwangsläufig darüber hinaus zu gehen, und umsetzbar sind. Eine, wenn auch richtige, radikale Kritik der ökonomischen Verhältnisse, reicht für eine politische Partei nicht aus¹¹. Zumal wir aus unseren ersten „Kapital“-Lesekreisen wissen dürften, wie schwierig die Vermittlung dieser Kritik ist. Eine Verkürzung dieser Kritik ist indes auch keine Hilfe, sondern ein Bärendienst

⁹ Jan Korte: Die Demokratiefrage. Mandatserweiterung der LINKEN, S. 6. (Online als PDF hier: <http://gleft.de/Pz>)

¹⁰ Natürlich können auch wirre Weltbilder geschlossen sein, jedoch nur als geschlossen wirre Weltbilder.

¹¹ Wäre schön, wenn. Aber Parteipolitik im Parlamentarismus läuft anders, auch wenn's doof ist.

am ursprünglichen Anliegen. Denn wer systemische Kritik aus darstellerischen Gründen in eine personifizierende Kritik umwandelt, nähert sich der systemischen Kritik nicht an, sondern entfernt sich von ihr.

Ein weiteres Problem an einer radikalen Kritik der ökonomischen Verhältnisse ist für unsere Partei¹², dass auf der „parteimäßigen“ Handlungs- und damit auch wesentlichen Wahrnehmungsebene – z.B. der Arbeit in den Parlamenten – diese nicht erkennbar umzusetzen ist. Der schon fast folkloristisch gefeierte „Antikapitalismus“ unserer Partei lässt sich nicht in parlamentarische Praxis übersetzen. Die Abschaffung des Kapitalismus ist keine Frage von Mehrheiten in Parlamenten. Selbst wenn DIE LINKE nach der Bundestagswahl 2053¹³ alleine eine verfassungsändernde Mehrheit in Bundestag und Bundesrat hätte, gibt es kein Gesetz und auch kein Gesetzespaket dieser Welt, mit der sich der Kapitalismus wegbeschießen lassen würde. Konkreter Widerstand gegen bestimmte wirtschaftsliberale Umformungsprozesse wiederum mag zwar notwendiger Bestandteil antikapitalistischer Politik sein, aber da eine Schwalbe noch keinen Sommer macht, lässt dieser Widerstand den ihm zu Grunde liegenden motivatorischen Antikapitalismus im Verborgenen. Der gern gefeierte Protest gegen eine Ausweitung kapitalistischer Produktionsverhältnisse zu Lasten sozialer Sicherungssysteme ist darüber hinaus noch weiter entfernt von einer positiven Transformation, als der kleinste reformerische Schritt in eine andere Richtung. Seltsamerweise aber ist der Protest gegen eine Verschlimmerung, der faktisch ja erst einmal nichts ist als die Verteidigung des Status quo, in linken und linksradikalen Kreisen nach wie vor die höchste Form des Punkrock, während zwei Zentimeter in die richtige Richtung so viel Sexappeal haben, wie ein Skatabend mit Florian Silbereisen. Das ist erklärbar, aber tut beiden Handlungsoptionen Unrecht an. Zwar ist der Gestus des Ersteren tatsächlich mobilisierender und spannender, jedoch der inhaltliche Akt lang- und mittelfristig häufig auch substanzloser, wodurch sich leider häufig kein neues transformatorisches Fenster öffnet, sondern die Temperatur ausreichend schnell wieder sinkt und das Protestfenster selbst sich wieder schließt. Die Motivation, sich gegen das eine zu wenden, in eine Motivation zu verwandeln, etwas anderes davon zu erreichen, wird häufig überschätzt. Andererseits sind die Kaffeebohnschritte in die richtige Richtung oft so kleinteilig, dass sie langweilig sind. Und sie entstehen oft auf so hohen politischen Gipfeln, dass sie im Tal kaum noch als Echo zu verstehen sind.

DIE LINKE muss also wieder polarisieren, auffallen und den Unterschied markieren. Diesen Unterschied zu markieren, setzt aber eine Form erkennbarer Selbstständigkeit voraus. Die Unabhängigkeit auch von SPD und Grünen markieren wir jedoch nicht mit irgendwelchen Haltelinien oder mit besinnungslosem Draufschlagen auf diese beiden Parteien. Das ist das Gegenteil eines eigenen politischen Profils, weil man sich gerade dadurch in sklavischer Abhängigkeit von Positionen von SPD und Grünen begibt. Diesen Unterschied markiert man auch nicht durch besonders lautes und hysterisches Schreien und Brüllen, nicht durch „Wir haben das aber erfunden!“-Feststellungen und nicht durch „Wir sind die Einzigen, die...“-Sätze. Wer der oder die Einzige ist, der dies oder jenes tut oder will, muss das in der Regel nicht betonen. Es muss zu einem wesentlichen Teil aus sich selbst heraus erkennbar sein.

Große Chancen liegen für uns in dem Bereich politischer Debatten, die man klassischerweise als gesellschaftspolitische Themen bezeichnen könnte. Nirgends ist es einfacher, den signifikanten Unterschied erkennen zu lassen. Nirgends ist es einfacher, etwas mit entsprechender Mehrheit tatsächlich im Parlament umzusetzen. Nirgends lässt sich eine Reduktion auf Detailfragen in Debatten und Talkshows besser umschiffen. Aber welches können die Themen und Forderungen sein?

¹² Ein weiteres spezifisches Problem parteipolitischer Organisation.

¹³ Ja, 2053 wäre tatsächlich Bundestagswahl. Kann man nachrechnen. Wobei: kommt bestimmt was dazwischen.

Laizismus: In der Bundesrepublik ist über das Verhältnis von Staat und Religion kaum umfassend diskutiert worden. In Einzelfragen gab es hingegen rege Debatten, die jedoch fast jeden roten Faden haben vermissen lassen. In der Bundesrepublik gibt es aber Laizist*innen und Menschen, die welche wären, würde es diese Debatten geben. Es ist Zeit, hier einen (tatsächlich) roten Faden anzubieten. DIE LINKE als streng laizistische Partei. Das würde die auch in Zukunft zu erwartenden religionspolitischen Debatten für uns einfacher und unsere Positionen verständlicher machen.

Radikaldemokratie: DIE LINKE muss ohne Wenn und Aber radikaldemokratische Partei sein. Das schließt die Ausweitung der direkten Demokratie, die stärkere Implementierung des Internets und eine grundlegende Wahlrechtsreform mit ein. Dazu gehört auch: Das bundesrepublikanische Wahlrecht ist überholt und nicht mehr zeitgemäß. Das Wahlrecht darf weder Herkunft noch Alter kennen. Die Altersgrenze bei Wahlen ist (wenn man sich der Debatte stellt) mit einem radikaldemokratischen Anspruch nicht zu rechtfertigen und steht im Widerspruch zur Praxis des Wahlrechts, das aus gutem Grund schließlich auch nach oben hin nicht begrenzt ist.

Gleichstellung ohne Kompromisse: Die Partnerschaft zwischen zwei Personen ist eine von unzähligen Partnerschaftskonstellationen. Statt die Ehe auszuweiten, gehört sie in ihrer bisherigen Form abgeschafft. Ohne die Unterstützung von Kinderwünschen einzustellen, sollte es keine Form der Privilegierung bestimmter Lebensmodelle geben. Liebe und Partnerschaftsmodelle sind, wie auch Religion, reine Privatsache.

Libertäre Drogenpolitik: Der Krieg gegen die Drogen ist ebenso gescheitert wie jedwede Prohibitionspolitik. Der Körper gehört denen, die drin wohnen. DIE LINKE streitet für Aufklärung, Unterstützung bei Suchtkrankheit jeder Form und ist ganz grundlegend gegen Substanzverbote.

Diese thematische Aufzählung ist nicht vollzählig und ist es doch. Sie ist es nicht, weil etwas besonders Griffiges vergessen worden sein könnte. Und sie ist es doch, weil sie einige ganz wesentliche Punkte markiert, die nicht nur faktisch ein Alleinstellungsmerkmal haben, sondern dieses auch symbolisch abbilden können. Sie ist es auch, weil thematische Zuspitzung notwendigerweise thematische Auslassung impliziert. Einige dieser Themen bearbeiten wir bereits, einige Positionen sind so oder so ähnlich bereits Beschlusslage, andere nicht. Wir werden jedoch viel zu wenig über thematisch so angelegte Zuspitzungen wahrgenommen. Um das zu ändern, müssen wir nicht nur diese Themen weiter in den Vordergrund stellen, sondern auch mehr Mut entwickeln, auch mal Unverständnis und Antipathie zu provozieren, indem wir gerade nicht die populärsten Forderungen stark machen, sondern diejenigen, die den prinzipiellen Grundsatz in den einzelnen Fragen am besten betonen. Das sind die radikalsten Forderungen. Im Falle dieser gesellschaftspolitischen Positionen sind sie aber auch umsetzbar, weil sie statt ökonomischen oder finanzpolitischen vor allem weltanschauliche Barrieren kennen.

Unsere Wähler*innen mögen uns mehr, als wir denken

Es ist richtig, dass nur wer sich konkret äußert, sich auch Feinde machen kann. Das jedoch gilt häufig nur kurzfristig gedacht. Auf lange Sicht wird die konsequente Ehrlichkeit mehr Freund*innen haben, als der allen alles versprechende Opportunist. Eine gewisse Offenheit und Unkonkretheit ist daher, wie bei PEGIDA, ein kurzfristiger Erfolgsmotor, aber wie bei fast allen Parteien, langfristig alles andere als dienlich.

Es stimmt, dass DIE LINKE bisher auch Stimmen von Wähler*innen bekommen hat, die bei einem sorgsamem Abgleich der Parteiprogramme möglicherweise bei CDU, AfD oder gar NPD besser aufgehoben wären (vor allem im Osten). Obwohl das zweifelsfrei unsere politischen Gegner sind, stimmt es auch, dass wir uns freuen können, bisher deren Stimmen bekommen zu haben. Wer das

abstreitet, ist ein*e unbelehrbare*r Moralist*in. Wer das anerkennt, ist ein*e gute*r Taktiker*in, der*die sich über die Fehler des Gegners freut. Wer auf die Fortsetzung oder Wiederholung des Fehlers baut, ist hingegen das Gegenteil. Es muss die erwartbare Konsequenz unserer Programmatik und einer entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit sein, dass wir auf diese Stimmen in Zukunft verzichten werden, ohne auch nur eine Träne zu verlieren.

Auch sollten wir keine zu große Angst haben, größere Wähler*innenschichten im Osten zu verschrecken. Einen Teil werden wir, so hart das klingt, auf Grund wahrhaftiger Naturgesetze ohne jedes positives oder negatives Zutun unsererseits verlieren. Auf der anderen Seite sind es vor allem unsere älteren Wähler*innen, die noch eine besonders enge Bindung an unsere Partei haben und einen hohen Anteil an Stammwähler*innen aufweisen. Kurzum gesagt: Unsere älteren Wähler*innen sind wesentlich treuer und verzeihen mehr, als die jüngeren. Das teilen sie mit unseren älteren Genoss*innen, die wahrlich viele und teilweise auch sehr radikale Veränderungen betreffend der Methodik, des Personals und auch der Programmatik unserer Partei mitgetragen haben. Das ist ein Pfund, für das wir dankbar sein können und auf das wir bauen können.

Bewegungen und Aerobic

Auf andere Pfunde vertrauen wir viel mehr, wenn auch teilweise zu Unrecht. Wir träumen schon lange und immer noch von Verankerung - vor Ort, in Vereinen, in der Kommunalpolitik, in „den Bewegungen“ und den Gewerkschaften. Das ist nicht falsch, denn Verankertsein ist gut, zweifelsfrei. Nur wird selten die Frage gestellt, wie diese Verankerung gelingen soll. Denn in fast allen parteiinternen Debatten taugt das Verankerungsgerede zuvörderst als Placebo, als überzogene Lobhudelei, als phrase sans contenu.¹⁴

So ist der Spruch von „Verankerung“ in den Gewerkschaften zweifelsfrei ein phraseologischer Knüller auf jedem Parteitag. Lautes Klatschen, heftiges Kopfnicken, wehende Fahnen: garantiert. Dabei ist diese „Verankerung“ kaum konkretisiert. Ja, man setzt ein paar Gewerkschaftsfunktionäre auf Listen und in Vorstände. Nur: Das ist die Verankerung der Gewerkschaften in der Partei, aber doch nicht die „der Partei“ in den Gewerkschaften. Ja, man schaut mal bei einem Streik vorbei, wenn die Zeit es hergibt. Nur: Das ist hilfreiche Symbolpolitik, aber keine Verankerung. Ja, man sagt, eigentlich müssten die Gewerkschafter*innen alle DIE LINKE wählen. Nur: Sie tun es nicht. Ja, man sagt, die Gewerkschaften sind wichtig. Nur: Auch sie bauen ab. Ja, man sagt, gewerkschaftliche Positionen vertreten, ist links. Nur: Wenn es in Deutschland einen (in Gesamtheit und seinen Chef*innen) bürokratischeren, staatsnäheren und opportunistischeren Haufen von Sozialdemokrat*innen als die SPD gibt, dann ist es der DGB.

Ebenfalls sehr angesagt sind Kooperationen mit und involviert sein in „den [hier weitgehend beliebiges Adjektiv einsetzen] Bewegungen“. Abseits von lokalen Initiativen und fleißigen Gruppen stellt sich allerdings die Frage: Welche „Bewegungen“ sollen das bitte sein? Viele von uns wahrgenommenen „Bewegungen“ sind nur noch Simulationen ihrer selbst. Was es noch gibt, sind ein paar übrig gebliebene Aktivist*innen und Organisationen vergangener Zeiten, die entweder selbst oder deren Veranstaltungsformate - man denke an die Ostermärsche - keine Anschlussfähigkeit mehr haben. Allzu häufig sind es immer die gleichen, die demonstrieren gehen und/oder mit großem Organisationsaufwand ein bereits lange politisch organisiertes Spektrum auf die Straße bringen. Wahrhaft anschlussfähig, auch für Menschen, die nicht irgendwie im Polit- oder Aktivismusbusiness festhängen, waren in letzter Zeit vor allem deutlich rassistische oder diffuse „Wir sind das Volk“-Mobilisierungen. Was echte und dynamische Bewegung angeht, sind wir nur eine Akteurin eher geringer Bedeutung. Wir als Partei können „Bewegung“ schwer starten, aber

¹⁴ Ich kann kein Französisch, aber ich kann Google Translate!

unterstützen. Nur: Die gibt es kaum. Der größte Fehler ist also, uns in dieser Hinsicht etwas vorzumachen und Hoffnungen in etwas zu setzen, was zumindest überregional kaum stattfindet. Es gibt Bewegung, aber kaum „Bewegungen“, die diesen Namen im ursprünglichen kolossalen Sinne verdienen. Es ist die Lebenslüge dieser Zeit, der radikalen Linken als auch von uns, es gäbe solche großen Formen politischer Bewegungen „von unten“. Wer da rumzappelt wie ein Fisch auf trockenem Wasser ist keine echte Bewegung, sondern bestenfalls folkloristische Aerobic.

Eine andere Hoffnung ruht in der so genannten Mosaik-Linken. Doch das, was da euphemistisch Mosaik-Linke genannt wird, ist eigentlich eine Flickenteppich-Linke, die gerade so noch zusammengehalten wird, auch von mehr und mehr unschönen Stellen gespickt ist und gewiss keine gemeinsame Position erkennen lässt. Das liegt an allen, die Steine dieses Mosaiks sein sollen – also auch an uns als DIE LINKE. Wir selbst sind nämlich kein Bestandteil dieses Mosaiks, da wir nicht als Baustein, sondern nur als zerbrochenes Mosaik unserer selbst wahrgenommen werden.

Struktur der Zukunft – Zukunft der Struktur

Die Zukunft unserer Partei wird zweifelsfrei nicht nur inhaltlich bestimmt, sondern auch methodisch. Dabei müssen wir uns als Partei den (häufig unschönen) gesellschaftlichen Entwicklungen als anpassbar erweisen. Erlebbar ist eine Partei hauptsächlich im Kleinen. Dort treffen echte Menschen auf echte Menschen, dort finden Debatten auf Augenhöhe statt und dort entwickelt sich politische Kultur, sowohl im Schlechten wie im Guten. Wahrnehmbar sind Parteien jedoch vor allem im Großen, auf Bundesebene, den sozialen Netzwerken, im Fernsehen, Blogs und Zeitungen. Große Austritts- und Eintrittswellen, starke Veränderungen von Umfrage- und Wahlergebnissen finden fast nie wegen lokaler oder regionaler Ereignisse, sondern wegen des Geschehens auf Bundesebene statt. Das ist auch der Ort, an dem Image- und Profilbildung sich vollzieht. Alle Versuche von Landesverbänden von Parteien, dem etwas entgegenzusetzen (Stichwort: FDP Schleswig-Holstein und Sachsen) sind meistens gescheitert. Sollte DIE LINKE also den Bedarf sehen, signifikante Veränderungen herbeizuführen, wird dies nur auf Bundesebene erfolgen können.

Um als Partei erlebbar zu sein, müssen wir die Mitgliedschaft attraktiver gestalten. Spannende Orte sind Orte, an denen man etwas Entscheidendes entscheiden darf. Entscheiden meint dabei nicht, dass man auch mal einen Satz in ein Mikrofon sagen oder einen Beitrag im lokalen Parteiblättchen schreiben darf, sondern dass man ganz real mit der eigenen Stimme dazu beiträgt, dass etwas sei oder nicht sei. DIE LINKE hat in dieser Hinsicht ein Entscheidungsinstrument: den Mitgliederentscheid. Das Problem an dieser Stelle ist jedoch nicht nur der organisatorische Aufwand, sondern vor allem der finanzielle. Wir brauchen auch in unserer Partei mehr Demokratie, aber haben auf absehbare Zeit immer weniger Geld. Höchste Zeit also, einen Online-Mitgliederentscheid einzuführen. Damit dieser die älteren Genoss*innen bei der Entscheidungsfindung nicht ausgrenzt, sollte dieser jedoch zunächst auf freiwilliger Basis eingeführt werden, so dass allen Genoss*innen freigestellt ist, sich zu registrieren und mitzuwirken, sofern es ihnen möglich ist.

Doch nicht nur die Methode für den Ernstfall muss geändert werden, sondern die Stufen für den Ernstfall selbst. Statt wie bisher zu entscheidenden Fragen, wie dem Bedingungslosen Grundeinkommen, einen Eiertanz nach dem anderen aufzuführen, sollte – mit ausreichender Zeit zur Debatte – genau dazu ein Mitgliederentscheid stattfinden. Allein die Aussicht über einen Entscheid, dessen Ergebnis nicht von vornherein feststeht und das zu einem Thema, dass – obwohl mittlerweile Jahrzehnte alt – trotzdem noch irgendwie einen avantgardistischen Hauch versprüht, wäre eine Sache, die aufhorchen lassen könnte.

Solche innerparteiliche Demokratie braucht zweifelsfrei auch Plattformen für Debatten. Diese dürfen als Plattformen von Äußerungen die Notwendigkeit von Entscheidungen jedoch nicht substituieren. Die vorgeschlagenen¹⁵ „offenen Blogs“, „Massentelefonkonferenzen“ und „Kreativ-Workshops“ laufen jedoch tendenziell Gefahr, genau das zu tun. Solange in unserer Partei Vorstandssitzungen und Parteitage die Entscheidungsträger sind, werden alle anderen Partizipationsformen – unabhängig von der Motivation der Einführung – dazu verdammt, ständige „Top-Down“ Kommunikationszentren zu sein und nur bei Bedarf und entsprechenden Mehrheiten andersherum zu funktionieren. Zu häufig sind methodisch offen angelegte „Konferenzen“ und „Workshops“ nur das Methadon für die Demokratie-Wollenden. Entweder also muss es um die Veränderung der Orte gehen, an denen bisher Entscheidungen stattfinden oder aber um die Änderung von Orten, an denen dies stattfindet. Ganz grundlegend brauchen wir Mut zu weniger Moderation und zu mehr Beschlussfassung.

Nicht aufgeben sollten wir den grundlegenden Anspruch, Mitgliederpartei zu sein. Das jedoch steht im diametralen Widerspruch zur Vorstellung, wir sollten mit den Mitteln der Gewerkschaftsfunktionäre (Stichwort: Organizing) nur (noch) mehr abhängige und angeleitete Parteifunktionär*innen erzeugen. Diese werden bereits durch die Beschäftigungsverhältnisse in der Partei und vor allem der Parlamente und Abgeordneten in überbordender Weise hergestellt. Dies ist bei sinkender Größe der Mitgliederzahl ein nicht zu unterschätzendes Problem. Mit jedem Mitglied weniger steigt die Abhängigkeit der Partei(-mitglieder) von ihren bezahlten Funktionsträger*innen, Fraktionen und Abgeordneten. Damit sinkt im Umkehrschluss auch die Unabhängigkeit der Mitglieder und damit der ganzen Partei, die somit auf immer mehr Vorsicht und Rücksichtnahme angewiesen ist. Mathematisch gesprochen: Mitglieder durch Abgeordnete ergibt bei sinkendem Zähler (Mitgliederzahl) einen gleichfalls sinkenden Innovationsquotienten. Auch die Möglichkeit zur Herausbildung „organischer Intellektueller“ sinkt dadurch. Denn die prekäre wissenschaftliche und publizistische Beschäftigungssituation vieler linker „Intellektueller“ führt schnell zu materieller Abhängigkeit von der Partei – und damit zu einem Sinken geistiger Unabhängigkeit.

Die Informationen vor lauter toten Bäumen nicht sehen

Bei unserer Öffentlichkeitsarbeit machen wir zwar kontinuierlich Fortschritte, aber immer mehrere Schritte hinter dem eigentlichen Fortschritt. Anders: Wir schreiten fortlaufend dem Fortschritt hinterher. Wenn man an unsere Printpublikationen denkt, hört man allenthalben den Ruf, es bräuchte dringend noch einen Flyer zu X und am besten auch zu Y. Das Problem jedoch ist, dass man den Inhalt vor lauter toten Bäumen nicht mehr sehen kann. Wir reden freudig darüber, wenn an einem Infostand 50 oder 100 Leute stehen geblieben sind, aber bekommen es nicht mit, wenn wir mit einem Facebookbeitrag die 100.000er-Reichweite geknackt haben. Da die Existenz und Relevanz sozialer Netzwerke aber nach einigen Jahren irgendwie doch so langsam im Bewusstsein einiger Abgeordneter, Funktionäre und Fraktionen angekommen ist, stürzen sich alle auf die eigene Facebookseite. Was wir in der analogen Welt schon an Ineffizienz durch parteiinterne Material- und insbesondere Plakatschlachten geschafft haben, übertragen wir jetzt munter auch in die digitale Sphäre. Statt Informationen an wenigen Stellen sauber, wertvoll und effizient aufzubereiten, sucht sich in Zukunft vermutlich jede Basisorganisationen eine*n eigene*n Internetbeauftragte*n, um die eigenen 12 Follower*innen möglichst täglich zu bespaßen.

Aber auch in der analogen Welt nutzen wir und insbesondere unsere Fraktionen ihre Ressourcen zum Teil nicht aus. Wir wissen, wie sinnvoll gewitzte Großflächenplakate sind – aber warum buchen wir nur im Wahlkampf welche? In den Fraktionen sitzt viel Wissen – aber warum wird das nicht auf anschauliche Infografiken übertragen? Wir produzieren Parteizeitungen auf jeder Ebene und auf

¹⁵ Katja Kipping; Bernd Riexinger: Verankern. Verbreiten. Verbinden, S. 6

manchen sogar gleich mehrere – aber lohnt sich das?

Auch an dieser Stelle ist radikales Umdenken gefragt. Auch dann mit Großflächenplakaten in die Öffentlichkeit gehen, wenn mal kein Wahlkampf ist. Geldmittel rigoros von den klassischen Printprodukten zu digitalen Angeboten umverteilen. Im Netz die Zahl der Angebote reduzieren und die verbleibenden qualifizieren. Die Fraktionen in die Pflicht nehmen, zeitgemäße Beiträge zu produzieren oder deren Produktion zu unterstützen¹⁶.

Für mehr gesellschaftspolitische Radikalität!

Wenn DIE LINKE, wenn wir, weitermachen, wo wir sind, bleiben wir stecken. Wenn alle anderen sich an die allgemeine Langeweile anpassen, wenn die einzigen Grundsatzfragen die politische Rechte stellt, wenn die politische Landschaft sich bedeutend verändert, wenn Parteien an Bindungskraft verlieren, wenn Politik nur mehr Verwaltung ist, dann braucht es Mut zu Veränderung, Mut zu Polarisierung und auch dazu, mal Antipathie zu erzeugen. Wir müssen unsere ganz grundlegenden Ansprüche konsequent durchdeklinieren und vor allem auf gesellschaftspolitischem Feld erkennbarer werden lassen.

Dieses Papier ist ein Appell für eine radikaldemokratische, libertärsozialistische LINKE, die den Anspruch eines jeden Menschen auf ein selbstbestimmtes und angstfreies Leben, ihre Idee von Gleichheit und Freiheit und ihren Wunsch nach Teilhabe und Solidarität in Zukunft radikal und pragmatisch, zuspitzend und provozierend, mutig und selbstbewusst vertritt. **Let there be rock.**

¹⁶ Schlagworte: Infografiken, Katzen, Infografiken, Pinguine! ;)